

## 2. Bildungsministerkonferenz am 13.12.2024

### Vorlage zu TOP 4

#### DPS 2.0

hier: **Gemeinsame Erklärung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Konferenz der Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder**

#### I. **Beratungsziel und Beschlussvorschlag**

##### 1. **Beratungsziel:**

Zustimmung zur Erklärung

##### 2. **Bei Enthaltung von Sachsen-Anhalt wird beschlossen<sup>1</sup>:**

1. Die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder nehmen den Fortschritt bei den Verhandlungen zum DigitalPakt Schule 2.0 als wichtigen Zwischenstand zur Kenntnis und stimmen der Gemeinsamen Erklärung zu. Sie beauftragen die Ländervertreter, in der gemeinsamen Verhandlungsgruppe mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung auf dieser Grundlage die vorliegenden Entwürfe einer Rahmenvereinbarung und einer Verwaltungsvereinbarung schnellstmöglich weiterzuentwickeln und dabei insbesondere auf effiziente Wege der Mittelbewirtschaftung und bürokratiearme Verfahren hinzuwirken.
2. Die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder begrüßen insbesondere, dass in der letzten Verhandlungsrunde das Festhalten am Königsteiner Schlüssel, die Festschreibung der Eigenmittel der Länder auf dem bisherigen Wert, die Ermöglichung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns zum 01.01.2025, die Anerkennung von Länderleistungen im Wege der Anrechnung sowie die Berücksichtigung der erheblichen Aufwendungen der Schulträger bei der Kofinanzierung geeint werden konnten.
3. Gleichwohl stellen die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder fest, dass durch die Verschleppung der Verhandlungen seitens der Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bis Ende November 2024 wertvolle Zeit verstrichen ist, was eine seit dem Auslaufen des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024 im Mai 2024 erforderliche Planungssicherheit auf Seiten von Ländern und Schulträgern verhindert hat. Durch den von den Ländern nicht zu vertretenden Zeitverzug war es auch nicht mehr möglich, eine rechtsverbindliche Vereinbarungslage zu schaffen, so dass abschließende Entscheidungen einer künftigen Bundesregierung und Mittelbereitstellung durch einen künftigen Bundestag vorbehalten bleiben müssen. Zudem bleibt bei im Vergleich zum DPS 1 gleichbleibend hohen Länderbeiträgen der in Aussicht gestellte Bundesbeitrag deutlich hinter den Forderungen der KMK sowie der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zurück. Für Erhalt und Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie für die Weiterentwicklung des Lehrens und Lernens in

---

<sup>1</sup> Protokollerklärung des Landes Sachsen-Anhalt: Das erzielte Zwischenergebnis der Verhandlungen zum DPS 2.0 wird begrüßt, allerdings ist das Angebot des Bundes derzeit in keiner Weise belastbar.

der digitalen Welt ist aus Sicht der Länder ein weitaus höheres finanzielles Engagement des Bundes erforderlich.

## **II. Abstimmungsmodus**

Einstimmigkeit

Begründung:

Der Beschluss dient der Herstellung der notwendigen Einheitlichkeit bei der Formulierung einer Position der Länder in den noch nicht endgültig abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Bund.

## **III. Anlass bzw. Auftrag**

Die Verhandlungsgruppe von Bund und Ländern zur Fortsetzung des DigitalPakt Schule hat zuletzt am 04.12.2024 getagt und dabei den Entwurf für eine gemeinsame Erklärung für einen DigitalPakt Schule 2.0 abgestimmt.

## **IV. Sachverhalt und Problemstellung**

Nach einem ersten Gespräch der länderseitigen Vorsitzenden der Bund-Länder-Verhandlungsgruppe am 28.11.2024 mit dem neuen Staatssekretär des BMBF hat die Verhandlungsgruppe DPS 2.0 am Mittwoch, 04.12.2024, abschließend getagt und dabei alle bisherigen Dissenspunkte auf ihrer Ebene aufgelöst.

Das Verhandlungsergebnis ist in seinen wesentlichen Punkten in einer zweiseitigen Erklärung zusammengefasst. Da eine rechts- und haushaltsverbindliche Verwaltungsvereinbarung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode des Bundes auf Bundes- und Landesebene nicht mehr erreicht werden kann, soll die Erklärung als politisches Signal auf einer breiten politischen Ebene an die künftige Bundesregierung adressiert werden.

Inhalte der Absichtserklärung in Stichworten:

- Finanzielles Volumen von 2,5 Mrd. Euro Bundesmittel über die Gesamtlaufzeit von sechs Jahren. Paritätische Beteiligung der Länder mit 50:50 über alle drei Handlungsstränge, so dass ein Gesamtvolumen von 5 Mrd. Euro entsteht.
- Länderbeitrag zur Finanzierung kann zum größeren Teil (2 Mrd. Euro) über Anrechnungen von Ländermaßnahmen in allen Handlungssträngen erfolgen. Bei Handlungsstrang I (Investition in Bildungsinfrastruktur – 2,25 Mrd. Euro Bundesmittel) beteiligen sich die Länder mit „frischem Geld“ im Umfang von 500 Mio. Euro, was der Höhe nach dem Ist-Länderbeitrag zum DPS 1 entspricht. In diesen Länderbeitrag ist der finanzielle Beitrag der Schulträger eingeschlossen.
- Berücksichtigung finanzschwacher Kommunen wie beim DPS 1
- Mittelbereitstellung in festen Jahrestanchen zur Planungssicherheit, aber Nachveranschlagung von verbliebenen Ansprüchen am Programmende
- Verzicht auf feste Verpflichtungen der Länder in der Lehrkräftefortbildung, z. B. zum individuellen Umfang
- Förderunschädlicher Maßnahmebeginn ab 01.01.2025
- Königsteiner Schlüssel als Verteilschlüssel auf die Länder

Die Länderabstimmung wurde mit Versand des Entwurfs der Erklärung am 06.12.2024 eingeleitet.

Die Länder haben das vorliegende Ergebnis kontrovers erörtert. Sie würdigen mit dem o. g. Beschluss einerseits die mit der neuen Hausleitung des BMBF erzielten Fortschritte und machen zugleich aber auf die Unzulänglichkeiten des zurückliegenden Verhandlungsprozesses und den geringen Umfang der Bundesmittel aufmerksam.